

## **Beschlussvorlage**

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**  
zur Behandlung im **Gemeinderat**

---

**Betreff:** Durchführung einer Einwohnerbefragung zum Vorrang des  
Radverkehrs auf der Neckarbrücke; Bewilligung von  
überplanmäßigen Ausgaben

**Bezug:** Vorlage 533a/2019

Anlagen: 0

---

## **Beschlussantrag:**

1. Es wird eine Einwohnerbefragung zum Thema „Soll der Radverkehr auf der Neckarbrücke Vorrang gegenüber dem Autoverkehr erhalten?“ durchgeführt.
2. Abweichend von § 3 Abs. 1 der Satzung über die Durchführung von Einwohnerbefragungen sind alle Personen teilnahmeberechtigt, die zum 01.09.2019 ihren Erstwohnsitz in Tübingen und das 16. Lebensjahr vollendet haben.
3. Im Vorfeld der Befragung erhalten alle Teilnahmeberechtigten schriftlich den Zugangscode. Diejenigen, die erstmals an einer Befragung teilnehmen können, erhalten zudem eine Informationsbroschüre.
4. Bei der Haushaltsstelle 1.0520.6500.000 „Geschäftsausgaben; SN6“ wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 32.500 Euro, bewilligt. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe aus Mehreinnahmen bei der HH-Stelle 1.9000.0030.000 „Gewerbsteuer“.

Finanzielle Auswirkungen	HH-Stelle	2019	üpl. Ausgaben
Verwaltungshaushalt		EUR	
Sammelnachweis 6 Geschäftsausgaben	1.0520.6500.000	227.200 €	32.500 €
<b>Deckung durch:</b>			
Gewerbsteuer	1.9000.0030.000		-32.500 €

**Ziel:**

Grundsatzbeschluss über die Durchführung einer Einwohnerbefragung

**Begründung:**

1. Anlass / Problemstellung

In der Vorlage 533a/2019 zum Verkehrsversuch auf der Neckarbrücke hat die Verwaltung vorgeschlagen, eine Befragung mit der BürgerApp durchzuführen, um Rückmeldungen von der Bürgerschaft einzuholen.

2. Sachstand

2.1. Vorgaben der Satzung über die Durchführung von Einwohnerbefragungen

Nach den Vorgaben der Satzung über die Durchführung von Einwohnerbefragungen fasst der Gemeinderat mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder den Beschluss, ob eine Einwohnerbefragung zu einem Thema angesetzt wird.

Über den genauen Wortlaut der Fragestellung, den Zeitpunkt und die Dauer der Befragung, den Zeitpunkt und den Inhalt der Einwohnerinformationsveranstaltung und den Inhalt der offiziellen Verlautbarung zur Befragung beschließt der Verwaltungsausschuss am 11.11.2019, ebenfalls mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder.

2.2. Rahmenbedingungen für die Durchführung der Einwohnerbefragung

Im Vorfeld der ersten Befragung wurden alle rund 77.000 Tübingerinnen und Tübinger, die teilnahmeberechtigt waren, angeschrieben, um ihnen den individuellen Code, mit denen eine Teilnahme per App oder im Internet möglich ist, zuzusenden. Damit verbunden war die Zustellung einer Informationsbroschüre zu der Teilnahme an Einwohnerbefragungen per App, im Internet oder im Wege der schriftlichen Teilnahme sowie eine Einladung, an der anstehenden Befragung teilzunehmen.

Die Rückmeldungen zeigen, dass viele Personen den Brief ungeöffnet weggeworfen oder den Brief nicht aufgehoben haben, so dass sie nicht teilnehmen konnten. Daher sollen nochmals alle Teilnahmeberechtigten angeschrieben werden. Der Umschlag soll so gestaltet werden, dass erkennbar ist, dass dieser den Code für die Teilnahme an der Befragung

enthält. Im Schreiben soll nochmals verdeutlicht werden, dass der Code für alle Befragungen gilt. Diejenigen, die bereits Anfang 2019 angeschrieben wurden, erhalten nochmals den gleichen Code, wurde die App bereits installiert ist eine Neuinstallation nicht erforderlich. Zudem sollen alle Personen, die zum ersten Mal teilnehmen können, die Informationsbroschüre in einer aktualisierten Form erhalten.

Bis Mitte Oktober liegen voraussichtlich auch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der ersten Befragung durch die Universität Hildesheim und deren Handlungsempfehlungen vor. Diese Empfehlungen sollen so weit als möglich berücksichtigt werden.

### 3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, zum Thema „Soll der Radverkehr auf der Neckarbrücke Vorrang gegenüber dem Autoverkehr erhalten?“ eine Befragung durchzuführen. Diese kann voraussichtlich im Dezember stattfinden. Hierbei könnte sowohl die Gesamtbeurteilung als auch einzelne Aspekte der neuen Verkehrsführung abgefragt werden. Das Ergebnis könnte wichtige Hilfestellungen für die Entscheidung im Gemeinderat sein.

### 4. Lösungsvarianten

Es wird keine Einwohnerbefragung zu dem vorgeschlagenen Thema durchgeführt.

### 5. Finanzielle Auswirkungen

Für die Durchführung der Befragung fallen keine weiteren Kosten an, diese sind bereits in den Kosten für die Pflege der App enthalten (HH-Stelle 1.0520.6520.000).

Für den Druck und Versand der Informationsbroschüre zur Teilnahme an Einwohnerbefragungen per App, im Internet oder im Wege der schriftlichen Teilnahme, den Druck der Briefumschläge und der Briefe und den Versand der Briefe entstehen Kosten in Höhe von rund 35.000 Euro. Davon entfallen rund 5.000 Euro auf die Haushaltsstelle 1.0000.6302.000 „Bürger- und Informationsveranstaltungen“. Bei der Haushaltsstelle 1.0520.6500.000 „Geschäftsausgaben“ im Sammelnachweis 6 wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 32.500 Euro, bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der HH-Stelle 1.9000.0030.000 „Gewerbesteuer“ in gleicher Höhe.